

Aufruf & Redebeitrag:

Für mehr Freiräume und Selbstverwaltung! Gegen die Gentrifizierung der Städte! Alternatives Wohnen fördern! WabOs bleibt!!!

Freiräume geben Menschen unabhängig von ihrem Alter, ihrer Herkunft, Sexualität und sozialem Status die Möglichkeit, sich in einem nicht-kommerziellen Rahmen zu entfalten. Dies ist sonst in der bestehenden Gesellschaft aufgrund der Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse kaum möglich.

Entgegen der Vereinzelung im kapitalistischen Alltag steht hier ein basisdemokratisches Miteinander im Vordergrund, an dem alle mitwirken können. Sei es in einem selbstverwalteten Zentrum wie dem SubstAnZ oder durch das Leben auf einer Wagenburg wie der WabOs.

Allzu oft sind unsere Ideen und Projekte in Gefahr.

Mieterhöhungen und Bauvorhaben, in letzter Instanz Räumungen, bedrohen viele selbstverwaltete Zentren und Wagenplätze. Doch Gentrifizierungsprozesse betreffen alle.

Auch die Zukunft der WabOs (Wagenburg Osnabrück) ist ungewiss, seitdem klar ist, dass die Stadt Osnabrück die von uns genutzte Fläche am Westerberg als Bauland verschandeln möchte.

Seit 20 Jahren wohnen hier Menschen in ihren selbst (aus-) gebauten Bauwagen auf einem Platz im Grünen und gestalten auf kreative Art und Weise ein „sozial und ökologisch nachhaltiges“ Stückchen Stadt. Wir bieten Vielfalt!

Von der Stadt heißt es nur lapidar: „Alternatives Wohnen schön, aber Wohnraum muss her.“ Unser Zuhause stellt bereits bezahlbaren(!) Wohnraum dar. Und noch viel mehr!

Gegen dekadente Bauklötze anstelle von Bauwagen auf den letzten Stücken Natur in der Stadt!!!

Wir – und all die Tiere und Pflanzen auf unserem Platz – wollen nicht irgendwo anders hin. Wir sind hier zuhause!!!

Deshalb rufen wir auf, an der Freiraum-und Wagenplatz-Demo am **26.05.2017** teilzunehmen. Treffpunkt: 16 Uhr, Hauptbahnhof Osnabrück.

Abends Ausklang bei Essen & Trinken aufa WabOs

Redebeitrag im Schlossgarten:

Gentrifizierung nervt!

Wir befinden uns hier im Osnabrücker Schlossgarten. Dabei handelt es sich nicht einfach um die fürstbischöfliche "prunkvolle" Parkanlage des barocken gelben Klötzchens hier von anno dazumal. Der SchloGa, wie er liebevoll von vielen Osnabrücker*innen genannt wird, ist seit Jahrzehnten ein Treffpunkt. So gut wie jede*r ist wenigstens schonmal durch ihn durchspaziert, für viele Studierende ist er Anlaufort für Kaffee und Kippe nach der Mensa. Der SchloGa ist unser SchloGa. Schon viele Generationen von jungen und älteren Menschen haben ihn als Ort der Kommunikation, des Spiels und des genüsslichen Beieinandersitzens genutzt. Es wird Boule gespielt, Fußball oder Frisbee; Hunde toben hier und das Bier oder andere Kaltgetränke fließen in Wonne - ob bei Regen oder Sonne.

Für viele von uns war der SchloGa die erste Anlaufstelle, als es innerlich zu brodeln begann aus den gesellschaftlichen Normen auszubrechen und über Grenzen hinwegzudenken, nach Gleichgesinnten und Vielfalt zu suchen. Der SchloGa: Besser als jeder Bahnhofsvorplatz, geselliger als jeder Fußballrasen.

Der SchloGa ist unser SchloGa. Ein nicht-kommerzieller Freiraum, in dem die Anarchie der Verwaltung überliegt. Ein Ort, wie es ihn sonst in der Innenstadt nicht gibt.

Nun stehen seitens der Stadt Restaurierungsmaßnahmen an: Der barocke 70er-Jahre-SchloGa sei nicht "zeitgemäß", mehr studierende Elite und weniger Spielplatz drohen im Osten.

Wir möchten an dieser Stelle ein Zeichen setzen und davor warnen, diesen unseren SchloGa im Zuge der "Restaurationen" der Gentrifizierung zu unterziehen. Der SchloGa wird gebraucht, und zwar als nicht-kommerzieller Freiraum für ALLE!!!

Gentrifizierung macht sich mittels obskurer Investitionen kapitalträchtiger Immobilienunternehmen schleichend überall breit: in den Konsummeilen ebenso wie in den Wohnvierteln. Wir haben keinen Bock auf Mieterhöhungen, Monotonisierung, Verdrängung und Ausgrenzung. Die Stadt ist UNSER Raum, und wir wollen sie gestalten und sie ohne finanzielle Barrieren nutzen!

Wir wollen mehr selbstverwaltete Freiräume für freie kulturelle Vielfalt, für ein buntes Miteinander ohne Hierarchien und Diskriminierung. Wir wollen mehr gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen, gegen die Vereinzelung der Menschen dieser Stadt und überall! Wir wollen keine betonklotzigen Grenzen für unsere Kreativität! Und wir wollen, dass die Wagenburg Osnabrück bleibt, wo sie seit 20 Jahren besteht!!! Wir wollen, dass die WabOs am Finkenhügel, im Westen der Stadt, Mensch und Natur ein Treffpunkt und Zuhause bleibt!

Das sind unsere Straßen und unsere Plätze, unsere Stadt, unser SchloGa, unser SubstAnZ und unsere WabOs!!!

WabOs BLEIBT!!!

Redebeitrag & Aufruf der Libertären Kommunist_innen Osnabrück (LiKOS)

Nie wieder Miete!

Der Wagenplatz in Osnabrück ist räumungsbedroht. Das hieße für mehrere Leute, ihren Ort zum wohnen und Leben zu verlieren. Gleichzeitig gibt es auch hier genug Leerstand, Menschen leben auf der Straße und die Stadt verkaufte mal eben den Güterbahnhof an eine fundamentalistische Freikirche. Es gibt auch in Osnabrück steigende Mieten und Wohnungsnot. Für viele Menschen ist nach den ganzen Rechnungen oft kein Geld mehr da, aber noch viel Monat übrig. Miete zahlen müssen fast alle und das verschluckt einen ganz schön großen Teil vom Einkommen. Oft ist es sogar so, dass sich die Menschen die Miete vom Mund absparen müssen oder andere Bereiche des Lebens zu kurz kommen. - Doch warum müssen wir eigentlich Miete zahlen, können vom Vermieter unter Druck gesetzt werden, oder werden gar geräumt?

In dieser Gesellschaft gehört einigen das, was alle brauchen. Seien es Produktionsmittel, Produkte die wir zum Leben wollen und eben auch der Wohnraum. In dieser Gesellschaft geht es um Profit, alle und alles wird diesem Zweck unterworfen. Kann man die geforderte Miete nicht aufbringen, so hat man auch kein Recht zu wohnen und fliegt raus. Die Stadt baut vielleicht mal ein paar Sozialwohnungen, das aber nur wenn es sich lohnt. Das heißt: um die Leute halbwegs brauchbar für den Standort zu halten. Sie sollen also weiterhin malochen können.

So wie alle anderen Bereiche des Lebens ist auch das Wohnen der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen. Um die Bedürfnisse der Leute wird sich nur geschert wenn es Profit bringt. Die Vermieter sind an möglichst hohen Mieten interessiert und auch für die Stadt ist das Vermieten von Wohnraum ein lukratives Geschäft. Als Mieter hingegen will bzw. kann man möglichst wenig von seinem Geld für Miete bezahlen. Die Brotkrumen der Stadt in Form von beschissenen Sozialwohnungen, steigende Mieten, fehlendes Mitspracherecht, Zwangsräumungen und der „ganz normale“ Stress mit der Miete bestimmen die Wohnsituation vieler Menschen. Menschenwürdiges Wohnen sieht anders aus. - Möglich wäre eine ganz andere Art zu wohnen, nämlich eine luxuriöse für Alle! Um sich aber gegen höhere Mieten und Verdrängung zu wehren, braucht es Organisation. Das heißt, nicht auf die Stadtpolitik zu hoffen oder Appelle an sie zu richten, sondern Druck aufzubauen. Sich gegenseitig im Alltag zu helfen, Räume aufzubauen in denen wir uns vernetzen können. Dabei kann und darf dies keine bloße Selbsthilfe sein. Wagenplätze und besetzte Häuser sind eine kleine Möglichkeit, sich diese Gesellschaft erträglicher zu machen. Selbstorganisiert, solidarisch und nicht vereinzelt.

Dass Wohnraum teurer wird, Menschen verdrängt werden und das Leben überhaupt Geld kostet sind politische Zustände. Sie sind nicht natürlich. Somit muss auch unsere Organisation eine politische sein und diese Verhältnisse als Ganzes angreifen. Gegen höhere Mieten können wir hier und jetzt etwas unternehmen, es gilt aber die Grundlage – das Privateigentum – anzugehen um eine Gesellschaft ohne Miete zu schaffen. Eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen Anlass sind, zu produzieren und zu bauen. Gemeinsam organisiert und abgesprochen.

In diesem Sinne: Gegen die Räumung der Wabos! Selbstbestimmtes Wohnen für Alle! Nie wieder Miete!

Kommt zur Demonstration: Freitag 26.05 16:00 Uhr Hauptbahnhof

Redebeitrag zur Abschlusskundgebung:

In was für einer Stadt wollen wir leben?

Städtische Baupolitik ist oft von hitzigen Debatten geprägt: autofreier Neumarkt, Bauland am Westerberg, Umgehungsstraßen - um nur einige prägnante Themen zu nennen. Oft wird von Seiten der Bürger*innen an die Kommunalpolitik appelliert. Sie soll das Interesse aller, das sogenannte Allgemeinwohl, vertreten. Doch was liegt überhaupt im Interesse der herrschenden Politik?

Der Kommune geht es vorrangig um Wirtschaftswachstum, die Stadt ist von Geld abhängig, das sie sich nicht selbst verdienen kann, aber über Steuern einnehmen möchte. Deshalb sollen zahlungskräftige Mieter*innenschaften, Bürger*innen und Unternehmen in die Region bzw. Stadt gelockt werden.

Das wiederum kann für andere bedeuten, dass sie durch diese Vorhaben direkt oder indirekt belastet (vertrieben) werden, nämlich wenn sie nicht in diesen Prozess der Gentrifizierung passen. Es herrscht also eine Ungleichheit der Kräfte und Interessen. Die Waage schlägt einseitig aus - auf der Seite der Finanzen bzw. des Kapitals. Dem Wohlbefinden der anderen Seite, wie auch alternativen Lebensformen, wird dabei weniger Relevanz zugestanden.

Wir als WabOs stehen vor diesem Problem. Unsere Wagenburg liegt am Finkenhügel im Stadtteil Westerberg - wo mensch die höchsten Quadratmeterpreise in Osnabrück vorfindet.

Seit 20 Jahren (!) haben wir der Stadt Osnabrück, von der unser Verein die Fläche gepachtet hat, jährlich eine günstige Pacht gezahlt. Dadurch ist ein Leben bei uns auch für Geringverdienende möglich.

Doch nun soll gebaut werden. Dies wurde fast einstimmig im Osnabrücker Rat 2016 beschlossen. Denn dort ist mensch sich einig: 3.000 neue Wohneinheiten sollen bis 2020 in der Stadt geschaffen werden.

Für wen und warum wurde eingangs schon skizziert: Um sozialen Wohnungsbau geht es hier im Grunde nicht. In der laufenden Diskussion wird auch kaum betrachtet, dass wir als Wagenburg an dieser Stelle bereits bezahlbaren (!) Wohnraum darstellen. Und das schon seit 20 Jahren, in Selbstverwaltung und mit der Natur.

Unsere Existenz lohnt sich anscheinend für die Stadt unter der vorherrschenden ökonomischen Kurzsichtigkeit einfach nicht. Auch soll wohl potentiellen neuen Nachbar*innen der Blick auf unser von "Unkraut" bewachsenes "gallisches Dorf" erspart werden. - Mit den bisherigen Nachbar*innen hingegen ist das Verhältnis seit jeher gut!

Viele Bürger*innen machen sich gemein mit den Interessen der Stadt: Wohnraummangel beseitigen und marode Finanzhaushalte aufbessern... Klingt ja auch erstmal ganz gut... Frei nach dem Motto: "Geht es der Stadt besser, profitiere ich zwangsläufig auch davon."

Dass Wirtschaftsförderung mit Konkurrenz einhergeht, wollen viele in diesem Zusammenhang nicht begreifen. Die Menschen einer Stadt konkurrieren aber mit ihren Unternehmen oder mit ihrer Arbeitskraft und in ihrem Bedürfnis nach für sie bezahlbarem Wohnraum gegeneinander.

Sollen sich beispielsweise neue Unternehmen in der Stadt ansiedeln, kann das für vorhandene Firmen im Umkehrschluss eine verstärkte Konkurrenz bis zum Aus bedeuten, wenn sie im Wettbewerb nicht mithalten können.

In der Frage um neuen Wohnraum kann es ähnlich aussehen. Meist gibt es attraktivere und unattraktivere Stadtteile, die sich entlang der Einkommenshöhe bzw. der Vermögenshöhen aufteilen. Wenn sich nun ein ehemals einkommensschwacher Stadtteil wandelt - bzw. aufgrund neuer Investitionen gewandelt wird - und für gewisse Geschäfte und Unternehmen attraktiver wird, haben steigende Mieten eine verheerende Auswirkung auf Menschen, die mit dieser Entwicklung vor Ort nicht mithalten können.

Warum also selbstverwaltete Freiräume? Warum also alternatives Wohnen?

Wir sind nicht zufrieden mit dieser Gesellschaft. Armut, Konkurrenz, ein erstarkender Nationalismus, Rassismus und eine vermeintliche "Flüchtlingskrise" hängen unmittelbar zusammen. Sie sind auch mit sexistischen Ausgrenzungs- und Unterdrückungsmustern verknüpft, im Grunde durch die patriarchale kapitalistische Herrschaftsideologie und eine Gesellschaft des Egoismus und der Panikmache.

Um die Gesellschaft zu verändern müssen wir auch bei uns anfangen: Wie wollen wir leben? Wie wollen wir miteinander kommunizieren? Und was wollen wir zusammen erreichen?

Als Erstes müssen sich Menschen unabhängig von Alter, Sexualität und Herkunft kennen- und respektieren lernen.

Doch wo können sich denn Menschen treffen, ohne Geld ausgeben zu müssen? In der Innenstadt???

Wohl kaum. Längst unterliegen Plätze und Räume, die einst der politischen und kulturellen Kommunikation dienten, einem Verzehr- und Konsumzwang. "Du hast kein Geld? - Dann bleib weg!"

Um sich begegnen zu können braucht es nicht-kommerzielle Freiräume, in denen es Menschen ermöglicht wird, sich zu treffen. Und es braucht alternative Wohnformen, in denen wir ein basisdemokratisches Miteinander leben und erproben können.

Dass es anders geht, müssen wir in der Gegenwart zeigen um unsere Ideen für eine breite Masse zugänglich und glaubwürdig zu machen. Und ganz nebenbei: Warum soll mensch den halben Monat für die Miete arbeiten, wenn es auch anders geht?

Wagenplätze und andere gemeinschaftliche Wohnformen sollen nicht für ausgefallenes Aussteiger*innentum stehen, sondern sind ein Beispiel für eine lebenswerte Alternative zu teuren Wohnungen. Sie setzen der Vereinsamung und Abgrenzung von Menschen etwas entgegen.

Nicht zu vergessen ist auch, dass die sogenannte Gentrifizierung der Städte diese oft ihrer grünen Flecken beraubt. Struktureiche Lebensräume im urbanen Bereich werden für die dort seit Jahrhunderten angepasste Flora und Fauna zunichte gemacht. Wagenplätze bieten Nischen für Natur und biologische Vielfalt. Ökologische Lebensgrundsätze und entsprechende technische Kreativität bilden hier zudem Bausteine für den Stopp des globalen Klimawandels. Wagenplätze wie unsere WabOs entwickeln sich bei belassener Bestandskontinuität zu grünen Oasen - für Mensch, Natur und Stadtbild.

Wir haben viel mit Politiker*innen diskutiert. Wir sind überrascht, mit wieviel scheinbarem Wohlwollen uns begegnet wird. Doch - wie fast überall - drohen ökologische Aspekte ebenso wie soziale und kulturelle Vielfalt dem Faktor "Geld" untergeordnet zu werden. Dabei ist unser gemeinsamer Freiraum unbezahlbar!!!

Ob überhaupt etwas von Parteipolitik zu halten ist, sei dahingestellt. Letztlich vertreten die meisten Parteien die herrschenden Interessen, welche sich jedoch nicht nach Bedürfnissen richten, sondern einer standortorientierten Verwertungslogik folgen.

Wir haben an vielen Rats- und Ausschusssitzungen, Bürger*innenforen u. s. w. teilgenommen. Überall zeigte sich ein ähnliches Bild: Den Menschen soll suggeriert werden, dass Politik und Verwaltung zum Wohle der Bürger*innen agieren. Dass die Institutionen ihre Arbeit nur mangelhaft leisten, zeigt sich besonders in den lokalen Foren. Das vermeintliche Miteinander reduziert sich auf halbjährliche vertröstende Aussagen der Verwaltung. Sätze wie: "Ja, das werden wir bedenken," oder: "Das muss erst noch geprüft werden. Zu diesem Zeitpunkt können wir noch keine Aussage dazu machen," hört mensch dort zu Hauf.

Deutlich wird jedes Mal, dass die Menschen nicht zufrieden sind und teilhaben wollen. Wir sagen: Weg mit der Bürokratie und rein die Selbstverwaltung!!! Das ist UNSERE Stadt!!!

Die Verhandlungen mit Politik und Verwaltung fallen uns schwer, und bislang haben wir keine ernsthaften Erfolge erzielen können. Unsere Öffentlichkeitskampagne hat eine breite Aufmerksamkeit in der lokalen Presse losgetreten, kostet uns aber gleichsam viel Kraft und Ressourcen. Wir sind traurig und wütend. Wir bekommen keine festen Zusagen und die verständnisvoll mitleidigen Blicke der Politiker*innen gehen uns gewaltig auf die Nerven. "Wir finden das ja ganz toll, was ihr macht, aber..." und danach folgt meist nur noch der allbekannte bullshit. - Hallo? Es geht um UNSER_ZUHAUSE - und noch um so viel mehr!!!

Mit dieser Demo wollen wir also unsere Gefühle, Ideen und Forderungen auf die Straße tragen, unsere Kämpfe um selbstverwaltete Freiräume vernetzen und gemeinsam feststellen: WabOs BLEIBT!!!